



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919**

119 (13.3.1919) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-184333](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-184333)

# Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlicher: Dr. Fritz Goldbaum. Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Goldbaum, für Redaktionen: Hans Köpfer, für Anzeigen: Anton Gruber. Druck: Druckerei Dr. Hans Mannheimer. Druckstraße 11. 2117 Ludwigshafen a. Rhein. — Preis: 10 Pf. pro Stück. — Postamt: Mannheim, Nr. 7945. 7946.

Badische Neueste Nachrichten  
Amtliches Verkündigungsblatt

Postgenosse: Die Spalt-Verrechnung für den hiesigen Bezirk 40 Pf., für auswärts 50 Pf., Finanz-Anzeige 40 Pf., Anzeigen 250. Anzeigensatz: 10 Pf. pro Zeile pro Tag. Abends 10 Pf. pro Zeile pro Tag. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird eine besondere Vereinbarung getroffen. Belegblätter in Mannheim und Umgebung monatlich 10 Pf. — mit Belegblättern. Postbezug: Viertel 11. 642 einjährig. Belegblätter 11. 670. Einzel-Nr. 10 Pf.

## Vorbereitung des Friedenspräliminarvertrages.

### Die deutsche Abordnung für die Friedenskonferenz.

Weimar, 13. März. (WB.) Die Reichsminister Graf Brodorski-Rangau und Erzberger werden heute in Weimar eintreffen. Es handelt sich um Besprechungen über die endgültige Zusammenfassung der Friedensdelegation.

Berlin, 13. März. (Von unserem Berliner Büro.) Weitemer ist in Weimar eine außerordentlich wichtige Kabinettsabhandlung statt, zu der aus Berlin Graf Brodorski-Rangau, Herr Erzberger und auch der Vizepräsident des Reichsministeriums Herr Schiffer nach Weimar begeben hatten. Die Sitzung hat bis in den späten Abend hinein gedauert und es scheint, als ob es hier zu gewissen Klärungen oder auch nur zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Grafen Brodorski-Rangau und Herrn Erzberger gekommen wäre. Es handelt sich in der Sitzung um die Festlegung der Männer, die an der deutschen Abordnung für die Friedensverhandlungen teilnehmen sollten. Zwischen dem Grafen Brodorski-Rangau und Herrn Erzberger haben bislang immer gewisse Differenzen und Meinungsverschiedenheiten bestanden. Das war ebenfalls wie begreifbar, denn das Gebiet, das Herr Erzberger als Außenminister zu bearbeiten hatte, greift notwendigerweise in das Ressort der auswärtigen Politik herüber. Diese Meinungsverschiedenheiten sind nun beseitigt. Herr Erzberger wird die deutsche Delegation weder führen, noch ihr angehören. Vielmehr wird die Leitung der Delegation bei dem Grafen Brodorski-Rangau liegen. Außerdem sollen die Regierung Reichsminister David und Giesbert vertreten und schließlich werden ihr noch angehören der bayerische Konsul in Bern Dr. Müller, Prof. Walter Schüding und der bekannte Hamburger Bankier Warburg. Man nimmt damit, daß die Delegation Mitte April nach Paris abreist.

Paris, 13. März. (Wiener Drahtbericht, indirekt.) Die Wälder teilen mit, daß die deutsche Regierung, die mit einer raschen Lösung der Friedensfrage rechnet, Maßnahmen getroffen habe, für den Transport einer ungefähren 100 Personen umfassenden Friedensmission nach Paris.

Paris, 13. März. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Der Friedenspräliminarvertrag soll in großen Zügen bis zum nächsten Freitag fertiggestellt sein. Die deutschen Friedensdelegierten werden, wenn keine unvorhergesehenen Zwischenfälle eintreten, zwischen dem 22. und 25. März in Paris erwartet.

### Ver spätete Ankunft Wilsons.

Paris, 13. März. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Den meisten Nachrichten zufolge trifft der Dampfer „George Washington“ ebenfalls mit einer Verspätung von 15 Stunden in Europa ein. Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich, daß Präsident Wilson nicht vor Freitag morgen in Brüssel an Land gehen wird. Er werde seinen Platz im Rate der Nationen wahrscheinlich am Samstag morgen wieder einnehmen. Die Verspätung des „George Washington“ wird bewirken, daß die territorialen Fragen, deren Behandlung der Kommission der Großmächte vorbehalten sind, und zwar besonders die Frage der Westgrenze Deutschlands, nicht vor Samstag angeschnitten werden können.

### Wilson gegen die französischen Annexionspläne.

Amsterdam, 12. März. (WB.) In einem Leitartikel des „Manchester Guardian“ vom 10. März wird bezweifelt, ob Wilson der Forderung des Saarbezugs und der Bildung eines Völkerstaates auf dem linken Rheinufer zustimmen werde. Das Blatt meint, daß die gewollte Abtrennung eines großen deutschen Distriktes ohne die Bewilligung von Fragen, nicht mit dem Grundgesetz des Selbstbestimmungsrechtes übereinstimme, den die Alliierten selbst zur Anwendung bringen wollen. Beseitigt wird es auch für Wilson zweifelhaft sein, ob die Amerikaner sich bereit finden werden, derartige Abtrennungen zu garantieren.

### Die Pläne der Alliierten für die Rheinlande.

Berlin, 13. März. (Von uns. Berl. Büro.) Aus Bielefeld wird gemeldet: Ueber die Pläne der Alliierten für die Rheinlande erfahren die Bielefelder „Westfälischen Neuesten Nachrichten“ aus durchaus zuverlässiger Quelle: Nach den von den Zentralstellen in Köln geführten Verhandlungen soll laut den von den Alliierten dem Friedensvertrag zugrunde gelegten Bedingungen die Rheinprovinz als selbständige Republik ausgeschaltet werden, die nicht nur aus Bielefeld, sondern auch aus dem deutschen Zollvereinsgebiet ausschließt, jedoch jede Einfuhr aus dem übrigen Deutschland in die Rheinprovinz zollpflichtig werden wird. Während bisher vielfach von einer rheinisch-westfälischen Republik die Rede war, soll Westfalen in der preußischen Zugehörigkeit verbleiben. Der deutschen Industrie sollen zwar von Frankreich die Rohstoffe geliefert werden, die Erträge der Betriebe sollen aber solange beschlagnahmt werden, bis allen gestellten Entschädigungsansprüchen entsprochen worden ist.

Belgien beansprucht seinerseits die deutschen Städte Namur, Montjoie und Aachen. Doch ist es noch fraglich, ob die Entente der Abtretung der letzteren deutschen Stadt zustimmen wird.

### Die polnischen Grenzen.

Paris, 13. März. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Der Scherenschnitt wird sich von Donnerstag an mit der Frage der polnischen Grenzen befassen, nachdem gestern die Berichte der Kommission dem Obersten Kriegsrat übergeben worden sind.

### Die deutschen Verhandlungen mit der Entente in Rotterdam.

Rotterdam, 12. März. (WB.) Heute begannen hier die Verhandlungen zwischen der deutschen Kommission unter dem Direktor der Nationalbank Schacht und der alliierten Kommission, die einen Teil der Verhandlungen über die Ver-

orgung Deutschlands mit Lebensmitteln gegen eine entsprechende Zufuhr bilden. Außer dem englischen Bevollmächtigten kam auch ein französischer Bevollmächtigter namens George Chivoi an, um an den Besprechungen teilzunehmen. Es wurden drei Kommissionen gebildet: eine für Kohle, eine für Holz und die dritte für Farbstoffe.

### „Lut dem Norden Einhalt“

Amsterdam, 12. März. (WB.) In der englischen Arbeiterwochenchrift „The Herald“ vom 8. März wendet sich der Sozialist Georges Vansburg in einem Artikel mit dem Titel „Lut dem Norden Einhalt“ in der schärfsten Weise gegen die Fortsetzung der Blockade. Er schreibt: Es ist kaum glaublich, daß sogenannte zivilisierte Menschen, die Mitglieder der Regierungen der Alliierten sind, sich solcher Verbrechen schuldig machen können, und doch kann man es nicht bezweifeln. Die Nationen, die die Türkei, den Jaren und die Deutschen verurteilen, tun Dinge, die den von ihnen an den Pranger gestellten Verbrechen mindestens gleichkommen. Er appelliert an die Arbeiter, ihren ganzen Einfluß auszubringen, um dem Norden Einhalt zu tun und fordert sie auf, in Massen zu dem Komitee zur Bekämpfung des Hungers am Mittelmeer, den 12. März in der Zentralthalle einberufenen Versammlung zu kommen.

### Laufzug über Deutschlands Lage.

Joch über die militärischen Ereignisse im vergangenen Jahre. Paris, 13. März. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Im Klub der fremden Presse fand gestern eine große Abendveranstaltung statt, bei der Lardieu eine Rede von großer politischer Bedeutung hielt. Nach Lardieu ergreifen der Völkerverbände der Vereinigten Staaten und Marischall Joch das Wort. Joch führte aus: Vor einem Jahre am 11. März legte sich die amerikanische Armee in Frankreich aus etwa 2—300 000 Mann zusammen. Es trafen 30 000 Mann monatlich ein. Am 21. März legte der heftige Schlag der Deutschen in der Gegend von St. Quentin ein. Sie kennen diese Tatsache. Die Offensive breitete sich bald bis an die Scarpe aus. Sie pflanzte sich die Somme und die Dije entlang fort. Die Lage wurde kritisch. Am 28. März stellten sich die Generale Pershing und Bliss in ebebmütiger und loyaler Weise zur Verfügung, indem sie mir saaten: Wir sind da, um zu kämpfen. Wo sollen wir unsere Truppen einziehen? Am 3. April haben die alliierten Regierungen, den gleichen Generalen monatlich 120 000 Mann Infanterie und Artillerie zur Verfügung zu stellen. Am 2. Mai wurde die Anfrage erneuert, im Juni trafen 200 000 Mann ein; im März dagegen nur etwa 60 000 Mann, im April 34 000 Mann. Im Juni stieg die Zahl auf 240 000 Mann, im Juli auf 285 000, im August waren es 235 000 Mann. In diesem Monat stellte sich der Effektivebestand, welcher am 10. März nur 300 000 Mann betrug, auf mehr als 954 000 Mann, im Oktober auf 1 700 000 Mann. Am 2. Juni hat der Oberste Interalliierte Kriegsrat von Versailles den Präsidenten Wilson, seine Anstrengungen zu vergrößern und auf den Frühling 1919 neue Divisionen zu stellen. Der Präsident antwortete, daß sie eintreffen werden. Wenn man noch mehr Mannschaften bedürfte, würde man sie ebenfalls aufstreifen.

Nach Joch sprach Vansburg, die rechte Hand Wilsons. Er führte zum Schluß seiner Rede aus: Deutschland hat gelitten und leidet noch. Es sind nur verdiente Leiden. Es hat ein schreckliches Vergeßnis für das Verbrechen bezahlt, die Welt in diesen vier Jahren mit Blut und Feuer überflutet zu haben. Hungersnot und Brand sind heute das Los Deutschlands, Gewalttätigkeit und Mord vereinfachen die Straßen seine politischen Einrichtungen, seine industriellen Unternehmungen, ja selber die Grundlagen seiner Gesellschaft wanken. Das ist das Los seiner eigenen Missetat, die gerechte Bestrafung für seine Verbrechen. Ich sah die prächtige Kathedrale von Reims, ein Musterbeispiel für deutsche Arbeit, ich sah die verwüsteten Felder der Champagne, ich sah Dörfer, deren Ruinen von den Schreden des Krieges Ruinas abgetragen kein Mensch kann sehen, was ich in all diesen Tagen gesehen habe, ohne daß ihm eine tiefe Entrüstung gegen die verantwortlichen Urheber dieser Ruinen und Zerstörungen erweckt werde, ohne ein Gefühl ewigen Hasses gegen den Krieg zu empfinden. Das kann und wird nicht vergessen werden heißt es, daß man Deutschland in Anarchie und Hungersnot lassen wird? — Nein. — Wir müssen uns anstrengen Deutschland normale Verhältnisse zu verschaffen, damit Deutschland fähig ist, der Anarchie und dem Teufelskreis des roten Schreckens zu widerstehen, muß es sich Lebensmittel verschaffen können. Um die Lebensmittel zu verdienen, müssen die offiziellen Bedingnunen durch den Friedensvertrag festgelegt werden. Nach aus Mitleid gegenüber dem deutschen Volke soll dieses ohne Verzögerung getan werden, sondern weil wir, die Sieger in diesem Kriege, hauptsächlich darunter leiden würden. Frankreich legte die Größe seiner Seele in den ersten Stunden der Widerwärtigkeiten dar und wir Amerikaner, die Frankreich über alle Maßen bewundern, glauben vertrauensvoll, daß es den gleichen Geist in den Tagen des Sieges zeigen wird. Amerika und Frankreich, sowie die verbündeten Mächte müssen sich der Vollendung des großen Werkes widmen, um die Demokratie in der Welt aufzurichten.

### Die fünf Großmächte haben nun endlich den Rattonen zweiten Ranges Vertretungen in der Finanzkommission und Wirtschaftskommission zugewilligt.

Amsterdam, 12. März. (WB.) In der Finanzkommission haben Vertreter Bulgariens, Griechenlands, Rumaniens, Serbiens und Tschechoslowakiens, in der Wirtschaftskommission Belgiens, Brasiliens, Chinas, Indiens, Portugals, Rumaniens und Serbiens. Die übrigen Mächte zweiten Ranges können in den sie besonders interessierenden Fragen angehört werden.

### Die Besetzung des östlichen Berlin.

Berlin, 12. März. (WB.) Die Besetzung des Ostens von Berlin einschließlich Lichtenberg durch die deutsche Schutzdivision, das Freikorps Hülsen und die Garde-Kavallerie-Schützendivision, wurde planmäßig durchgeführt. Die Kämpfe waren im allgemeinen nicht allzuheftig. An verschiedenen Stellen jedoch kam es zu lebhafteren Einzelkämpfen, so wurde am Bahnhof Lichtenberg eine Anzahl Gefangener gemacht. Viele Fälle bestialischer Grausamkeiten der Spartakisten wurden einwandfrei festgestellt. Die Beute an Waffen ist beträchtlich, ein

### Keine Ministerkrise.

Berlin, 12. März. (WB.) In der letzten Zeit sind in der Auslandspresse bestimmte Mitteilungen von einer bevorstehenden Ministerkrise, hervorgerufen durch den Rücktritt von mehrheitssozialistischen Kabinettsmitgliedern, gemacht worden. Wie die Berliner Börsenzeitung dazu von zuständiger Stelle erfährt, entsprechen diese Nachrichten nicht den Tatsachen.

### Keine Amnestie für die Anführer.

Weimar, 13. März. (WB.) In der Presse wird berichtet, Reichswirtschaftsminister Roste habe erklärt, die Reichsregierung bereite eine Amnestie anlässlich der letzten Aufstände vor. Eine solche Versicherung ist nicht getan worden, es besteht auch nicht eine derartige Absicht, die Schuldbenen soll vielmehr die volle Strenge des Gesetzes treffen.

### Ausgehobenes Spartakistennetz.

Berlin, 12. März. (WB.) In der Köpenicker-Straße wurde durch Regierungstruppen der Garde-Kavallerie-Schützendivision ein Spartakistennetz ausgehoben. Die Beute erst mit der Waffe niederkämpft werden. 34 Spartakisten wurden erschossen, während die anderen gefangen genommen wurden. Es wurde eine große Anzahl von Waffen gefunden.

### Kampfsite Einnahme von Lichtenberg.

Berlin, 12. März. (WB.) Laut Lokal-Anzeiger sind die Spartakisten aus ihren Versteckungen hinter dem Bahnhof in Lichtenberg verschwunden. Nach dem gleichen Blatte wird den Angestellten und Arbeitern der Straßenbahn, die heute im Laufe des Vormittags den Verkehr nach dem Westen und Südwesten wieder aufnehmen, der gestrige Tag als Verhandlungstag voll bezahlt, während die übrigen Forderungen von der Direktion abgelehnt wurden.

Nach der Volkszeitung vollzog sich die Besetzung Lichtenbergs heute Vormittag fast kampffrei. In der Nähe der Eisenbahnstation Herzberg wird eine funktentelegraphische Station errichtet, die Verbindung mit den militärischen Stellen untereinander und dem Reichsmarineamt unterhält. Die Besetzung der Stadt erfolgte planmäßig, ohne daß ein Schuß fiel. Bei der Eisenbahnstation fand man zwei Maschinengewehre und einen Wagen mit Munition und Handgranaten vor. Die die geflüchteten Spartakisten stehen liegen. Die Gefangenen wurden unter sicherer Bedeckung nach dem Polizeirevier gebracht. Um 2 Uhr mittags haben sämtliche einrückenden Truppen den Befehl, sich am Rathaus in Lichtenberg zu vereinigen.

### Die Verhigungsaktion in Berlin hat weitere Fortschritte gemacht.

Auch Lichtenberg darf jetzt im wesentlichen als beruhigt gelten und das Erfreuliche daran ist, daß es dabei verhältnismäßig ohne große Opfer abgegangen ist. Der Oberbürgermeister Zietzen von Lichtenberg hat einem Berichterstatter erklärt, es seien nicht 40 oder 50 Polizeibeamte, sondern im ganzen nur 5 getötet worden. Wir haben schon dieser Tage hier angefaßt, daß die Zahl da gar keinen Unterschied macht. Feigler Mord bleibt feigler Mord. Im übrigen hat auch Herr Oberbürgermeister Zietzen zugestanden müssen, daß der Lichtenberger Putz hauptsächlich von bewaffnetem Gefindel und halbwüchsigen Burschen getragen wurde, denen der Aufstand nur als Vorwand zu Plünderungen diente. Diese Elemente haben die Lebensmitteldepots und Geschäfte ausgeraubt und unübersehbar Schaden angerichtet, indem sie auf dem Güterbahnhof Hunderte von Waggons plünderten, die mit Lebensmitteln für den Grenzschutz im Osten abgehen sollten.

Die „Freiheit“ nimmt sich natürlich trotzdem dieser Diebes- und Mordgesellschaft an und erregt sich in pathetischen Worten über das angeblich noch immer „wütende Standrecht“. Für die Grausamkeiten, die täglich und stündlich von den Spartakisten verübt werden, hat sie kein Wort.

Dagegen beschwert sie sich, daß Herr Karl Radek neuerdings seine Spaziergänge im Gefängnis nicht mehr unternehmen soll, weil der Gefängnisdirektor, der für Radeks Leben fürchtet, empfohlen hätte, sie zu unterlassen. Die „Freiheit“ vergißt, daß Herr Karl Radek keinen Anlaß und nicht einmal das Recht gehabt hat, nach Deutschland zu kommen. Unseres Wissens befeidet Herr Karl Radek im Sowjet-Rußland ein hohes Staatsamt. Wäre er daheim geblieben, könnte er spazieren gehen oder in gestohlenen Autos spazieren fahren so viel er wollte. Ferner beschwert sich die „Freiheit“ darüber, daß ein Redakteur der „Roten Fahne“, Leo Jogisches, weil er sich geweigert habe, von einem Soldaten im Kriminalgericht erschossen worden sei. Jogisches sei an den Straßenkämpfen absolut unbeteiligt gewesen, weil er dazu — ein entzückendes Geständnis — „viel zu jung“ gewesen wäre. Das ist eine Behauptung, kein Beweis. Die „Republik“, die ein par Tage lang verboten war, erscheint wieder. Man wird hinzufügen dürfen: leider!

### Die Besetzung des östlichen Berlin.

Berlin, 12. März. (WB.) Die Besetzung des Ostens von Berlin einschließlich Lichtenberg durch die deutsche Schutzdivision, das Freikorps Hülsen und die Garde-Kavallerie-Schützendivision, wurde planmäßig durchgeführt. Die Kämpfe waren im allgemeinen nicht allzuheftig. An verschiedenen Stellen jedoch kam es zu lebhafteren Einzelkämpfen, so wurde am Bahnhof Lichtenberg eine Anzahl Gefangener gemacht. Viele Fälle bestialischer Grausamkeiten der Spartakisten wurden einwandfrei festgestellt. Die Beute an Waffen ist beträchtlich, ein

Regiment allein meldete bereits am Nachmittag 15 schwere und 20 leichte Maschinengewehre, 1 Minenwerfer, sowie über 150 Gewehre. Auf einem Bahnhof wurde ein offenbar von auswärts herangeführter Waggon mit Waffenbeständen beschlagnahmt, auch größere Bestände an Lebensmitteln fielen in die Hände der Regierungstruppen. Die Verluste der Regierungstruppen sind nicht erheblich.

Wider die Arbeitslosigkeit.

Hg. Erkelenz veröffentlicht im "Requator", der Wochenchrift des Gewerksvereins deutscher Metallarbeiter, eine beherzigenswerte Mahnung an Scheidemann: "Scheidemann, wo bist Du?" Er schreibt:

"Besonders viele Hände und Mähte auf dem Gebiet der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegeben. Die Tatsache, daß wir über eine Million Arbeitslose haben, ist von so bitterem Ernst, daß alles andere dagegen zurücktritt. Die Unterfütterung heißt nicht, darüber ist man sich einig. Ja, sie verschlimmert gewiß stellenweise das Uebel. Die große Gefahr liegt darin, daß weit über eine Million Menschen Tag um Tag über ihre Lage nachdenken, nachgrübeln können, daß sie, unter dem Einfluß der Revolutionspsychose (Krankheit der Seele) Opfer unverständiger oder verdrehter Agitationen werden. Der einfache Ruf nach Rente ändert das nicht. Er kann hier und da Löcher und muß sehen, wie es an zehn anderen Stellen auffordert. Gegen Gewalt muß Gewalt gesetzt werden, aber auch diese muß im Dienste einer konstruktiven Politik stehen, sonst verendet sie unter den heutigen Verhältnissen an sich selbst. Diese konstruktive Politik aber fehlt. Die Kräfte der Revolution mühen sich so sehr, für dieses Uebel helfen sie nicht. Die Bekämpfung muß gemacht werden. Aber es muß daneben auch anderes geschehen. Nicht Rente und Beschäftigung allein können die Lage retten, sondern sie bedürfen der großzügigen Mitarbeit Gewerkschaften, Mittel- und Bauern. Die Arbeit dieser fünf Mähte geföhrt und zusammengeführt werden von einer Stelle, die heute Scheidemann heißt. Wir sind uns voll und ganz bewusst, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit umgehens schwer ist. Sowohl sie aus Mangel an Mitteln entsteht, ist sie überhaupt zunächst nicht zu beheben. Aber jedes zehntausend Arbeitslose weniger ist ein politischer und wirtschaftlicher Gewinn von größter Tragweite. Und soweit liegen wir noch nicht in Agonie (Bewußtlosigkeit vor dem Tode), daß nichts mehr geschehen könnte. Ist es nicht möglich, kleinere oder größere Kommandos für Landarbeit, Bergarbeit aus gutwilligen Arbeitlosen zu bilden? Kann die Entsendung auf dem Lande nicht schon jetzt allmählich eingeleitet werden? Ist es nicht möglich, solchen Unternehmern, die Arbeitslose einfinden und zu nützlicher Arbeit verwenden, einen Zuschuß zu zahlen, damit sie ihre Produktionskosten vermindern und Ware zu erträglichen Preisen verkaufen können? Damit würde ein Teil der Arbeitslosenunterstützung, der heute verbraucht wird, ohne Werte zu schaffen, der Herstellung von Waren nutzbar gemacht. Sind wir das zielgerichtet Volk der Organisationskunst, nach vier Jahren Hochleistung so von allen guten Geistern verlassen, daß wir überhaupt nicht mehr organisieren können? Und nun zu der weitlichen Frage. Unser Volk ist festlich krank. Man hat ihm eingegeben, nur die Sozialisierung könne dem Arbeiter helfen. Wir halten wenig davon, glauben, daß weite Arbeiterkreise hier einem blinzelnden Stern nachlaufen, der sich in ihrer Hand als ein diebischer Kalkulationsorden erweisen wird. Eber solange wir das nicht glauben, ist dem Volke wenig geholfen. Wir sind geistig und politisch nicht unbeweglich genug, um nicht geneigt zu sein, in einem großen christlichen Versuch zu prüfen, wer Recht hat. Alle Bedenken sind uns voll und ganz bekannt. Die Zeit ist denkbar ungeeignet, um Versuche zu machen, deren Ergebnis man nicht kennt. Aber vollständig wie der größte schlagende Versuch zu sein kann, ist der heutige unheilbare Zustand der Massenarbeitslosigkeit, der Arbeitsunlust, der Revolution, des Streiks um nichts. Das Volk braucht Vertrauen in sich selbst und in seine Regierung. Neben können ihm dieses Vertrauen nicht einflößen. Darin aber wird sich in Zeiten wie dieser der wahrhaft große Staatsmann, daß er genug Herz und Kopf hat, um in einem großen, christlichen Versuch das Vertrauen zu sichern und durch die Praxis zu zeigen, wer im Recht ist. Vielleicht würde es schon genügen, wenn man statt der hier angebotenen Sozialisierung eines kleinen Teiles der Betriebe sich schnell zu einem großen Versuch der Demokratisierung der Betriebe aufschwingen könnte. Vielleicht muß und kann man beides tun."

Zum Sozialisierungs-gesetz hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei einstimmig nachstehende Entschließung geföhrt:

Durch die Kommissionen-beschlüsse betreffend den Entwurf eines Sozialisierungs-gesetzes sind die Grundzüge angenommen worden, die es ermöglichen, die freie Privatwirtschaft und den freien Handel in Deutschland durch Staatseingriffe völlig zu lähmen, und zwar auf Grund von Kommissionsverhandlungen, welche jede sachliche Begründung dieses Schrittes auf Seiten der Regierungsvertreter haben vermissen lassen.

Wir legen gegen diese Beschlüsse, welche nach unserer Überzeugung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft, für die Landwirtschaft sowohl wie für Industrie, Gewerbe, Handel und Handwerk, für Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb, für Erzeuger, Händler und Verbraucher und nicht zuletzt auch für die Arbeiter und Angestellten verwerflich wirken und den Wiederaufbau unserer Wirtschaft hemmen oder gar ausschließen werden, hiermit Verwahrung ein.

Sozialisierungs- und Kohlen-gesetz.

Am Weimar, 13. März. (Von unserm Vertreter.) Nachdem der Hauptauschuh der Nationalversammlung am Dienstag abend bis in die frühe Nacht hinein das Sozialisierungs- und das Kohlen-gesetz zu Ende beraten hatte, begann gestern mit dem 2. Uhr die 2. Sitzung der Gesetze im Plenum. Von vorn herein war bekannt, daß die Deutsche demokratische Partei in der Gesamtabstimmung zwar für die Gesetze stimmen würde, daß sie aber den Abt. 2 des § 2 ablehnt. In dem wird verraten, daß die Regierung ohne nähere Bestimmung die Ermächtigung erhält, wirtschaftliche Unternehmungen zu sozialisieren. Die Deutschdemokratische Partei steht auf dem Standpunkt, daß die Frage der Bergwerkssozialisierung für jeden einzelnen Wirtschaftszweig besonders beraten und behandelt werden muß. Das Zentrum wird demgegenüber dem Abt. 2 und § 2 zustimmen, da offenbar in der ihm stehenden Gewerkschaftsvertreter es nicht wagen, in dieser Frage anders zu stimmen, wie die Reichsheld sozialisiert. Es ist deshalb wohl damit zu rechnen, daß das Gesetz in der Fassung, wie es aus dem Ausschuh hervorgegangen ist, vom Plenum mit geringer Mehrheit angenommen werden wird. Unter diesen Umständen hatte es eigentlich wenig Wert, da das Plenum noch einen ganzen Nachmittag an die 2. Sitzung des Gesetzes wandte.

Der Senatorenrat hat dem Ausschuh geföhrt, daß zwei Redner von jeder Partei zugelassen werden könnten. Den ersten Redner stellte gestern die Deutsche Volkspartei. Sie hatte wider den Hg. Böglner gemöhlt, der die Gefahren des Sozialisierungs-gesetzes annahm. Er wogte weit die Behauptung, daß die Vertreter der Reichsregierung im Ausschuh sich über sein einziges sachliches Problem klar gewesen wären. Aus diesen Gründen müsse die Deutsche Volkspartei die Verantwortung für beide Gesetze übernehmen.

Im Gegenzug dazu Redner der Hg. Tschunke im Namen der Deutschdemokratischen Partei auf dem Standpunkt, daß das Gesetz zwar große Gefahren in sich birge, aber kein Parteifreunde hätten indes die zurechtfindende Bestimmung, daß das Sozialisierungs-gesetz in weiten Kreisen der Arbeiterschaft die nötige Wirkung ausüben werde. Im übrigen sei die Deutschdemokratische Partei fest entschlossen, die Grenzen, die sie sich für die Sozialisierung gesetzt habe, auch einzuhalten. Das sei auch der Grund für die Ablehnung des Abt. 2 des § 2.

Der Redner des Zentrums meinte, daß man mit der Sozialisierung zunächst einmal ihren Verlauf, auch unter den gegebenen Verhältnissen machen sollte. Dann ging die Erörterung sehr bald ins Leere. Die Unabhängigen verweigerten mit der Opposition von rechts darin, die Regierung argwöhnen und das Gesetz zu verdrängen. Deshalb wurde der Reichswirtschaftsausschuh

Wissel in die Debatte eingreifen, ohne immer die gegen die Regierung erhobenen Einwände mit besonderer Sachlichkeit zurückzuweisen. Irigend Neues konnte in der Aussprache nicht mehr gebröcht werden. Die Deutschdemokratische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei stellten noch verschiedene Änderungsanträge. Bei der beifammen Stimmung im Hause ist auf eine Berücksichtigung dieser Anträge aber kaum zu rechnen.

Nationalversammlung.

Weimar, 12. März.

Präsident Lehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Sozialisierungs-gesetzes.

In § 1 sind die Worte "unbeschadet seiner persönlichen Freiheit" von der Kommission eingeföhrt worden. In § 2 wurde die Entschädigungsfrage neu eingetragt, ebenso die Bestimmung, daß die gemeinnützige Regelung nur im Falle dringenden Bedürfnisses durch das Reich erfolgen kann.

Hg. Böglner (D. Sp.):

Meine Fraktion gegen die Kommissionen-beschlüsse, welche nach unserer Überzeugung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft verwerflich sind, und den Wiederaufbau unserer Wirtschaft hemmen oder gar ausschließen werden, Verwahrung ein. Wir wollen eine evolutionäre Entwicklung. Was oben in den Vorlesungen erstrebt wird, ist eine revolutionäre Entwicklung, für die wir die Verantwortung ab-lehnen.

Hg. Dr. Padulke (Dem.):

Von einer revolutionären Entwicklung kann nicht gesprochen werden. Wir werden rechtzeitig abzuklappen wissen. Wir erschöpfen von dem Gesetz eine verhältnismäßige Wirkung.

Der § 2 öffnet die Tür für die Sozialisierung so weit, daß wir, da wir keine Sozialisten sind, ihm nicht zustimmen können. Wenn wir trotzdem dem Gesetz als Ganzes zustimmen, so führt uns dabei die Erwägung, daß zur Sozialisierung in jedem einzelnen Fall ein besonderes Gesetz notwendig ist, dessen Annahme in unserer Hand liegt.

Hg. Veldt (D. R.):

Man könnte dem Gesetz die Überschrift geben: Ein Ausflug in den Zukunftsstaat. Der Trost, es handelt sich nur um ein Manuskript, kann uns nicht beruhigen. Der Gesetzgeber gibt der Regierung einen Unerschöpflichen, der die Sozialisierung alle Türen öffnet. Die damit bezweckte Befreiung der unruhigen Elemente wird nicht erreicht werden. Wir lehnen die jetzt von der Regierung vorgeschlagene Art der Sozialisierung als im tiefsten Grunde unsozial ab.

Inzwischen sind von den Deutsch-Nationalen und der Deutschen Volkspartei verschiedene Änderungsanträge eingegangen.

Hg. Burage (Str.):

Zu § 2 hält meine Partei daran fest, daß die Entlohnung nur gegen angemessene Entschädigung stattfinden. Von Kommunismus kann keine Rede sein. Die Änderungsanträge sind für uns unannehmbar. Wir wollen den Arbeiter in seinem Empfinden unterstützen.

Hg. Dr. Cohn (U. S.):

Wir lehnen die Verantwortung für die Vorgänge in Osthessenberg ab. Eines sozialistischer Geist steht ja in § 2, aber wir glauben nicht an die Ausführung des Gehalts. Die Räte-demokratie und wirtschaftlichem Gebiet wird kommen, dagegen mag man sich sperren wie man will.

Von dem Hg. Kurr u. Genossen geht der Antrag ein, am § 2 die Worte "gegen angemessene Entschädigung" zu streichen. Hierzu verlangt die Deutsche Volkspartei namentliche Abstimmung.

Hg. Braun-Röhrenberg (So.):

Selbst wenn die Herren von der Rechten an die Regierung kämen, müßten sie heute von der Privatwirtschaft absteigen. Wir wollen die Überführung der Werke in den Besitz der Gesellschaft. Die Arbeiter müssen Anteil an dem Gelingen der Unternehmen erhalten, damit sie wieder Freude am Wirken haben, auch wir betrachten den Gesetzentwurf lediglich als ein Reformgesetz.

Nachdem der Hg. Dr. Reker (Deutsche Volkspartei) und Traub (D. R.) den Standpunkt ihrer Parteien dargelegt haben, erwiderte der Reichswirtschaftsminister Wissel auf den Vorschuh, daß zu einer Zeit der Erschöpfung an die Einführung einer neuen Wirtschaftsordnung herangeföhrt worden sei. Sein Privatunternehmen habe Anspruch auf privaten Verdienst, sobald das Allgemeinwohl fordere, daß es in den Besitz der Gesamtheit übergeführt wird. Das Haus wurde ungestört von der ihr durch dieses Gesetz übertragenen Befugnis Gebrauch machen. Das Haus beschließt dann die Besprechung der Vorlage nach heute zu Ende zu führen, die Abstimmungen aber morgen vorzunehmen.

Au § 4 liegen Änderungsanträge der Deutsch-Nationalen, der deutschen Volkspartei und der Unabhängigen Partei vor.

Hg. Schiele (D. R.) stellt zur eine Verlesung der durch die Sozialisierung getroffenen Produkte vor und verlangt, daß Grund und Boden von dem Gesetz ausgeschlossen bleiben.

Zum § 5 liegt ein Antrag der Deutsch-Nationalen Partei vor, der verlangt, das Inkrafttreten des Gesetzes im besetzten Gebiet aussetzen zu lassen, damit der Feind nicht diese Betriebe als Staatsgut betrachten und für sich in Anspruch nehmen. Ein weiterer Antrag der Deutsch-Nationalen will das Gesetz "Gemeinwirtschafts-gesetz" nennen.

Damit ist die zweite Sitzung beendet. Nächste Sitzung Donnerstag vormittag 10 Uhr: Gesetz über russische Zahlungsmittel, Sozialisierungs-gesetz, Kohlenwirtschafts-gesetz. Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Demokratie und die badische Verfassung.

Ein Artikel der Bad. Pol. Correspondenz verbreitet sich ausführlich über die Gesichtspunkte, die die demokratischen Kommissionenmitglieder bei der Mitarbeit an der Verfassung geleitet haben:

Leidend war nicht der Gehalts, einzelne Parteiforderungen durchzuführen, sondern vielmehr das Bestreben, unter Wahrung des demokratischen Grundcharakters, ein Werk zu schaffen, dem alle Parteien, die guten Willens sind und den Geist der neuen Zeit erfüllt haben, zustimmen können. Denn nur darnach ist jene Verantwortung der Verfassung in dem Willen des ganzen Volkes möglich, die wir zur Festigung der inneren Lage brauchen. Es muß anerkannt werden, daß auch die Sozialdemokratie in Wirklichkeit die tatsächlichen Verhältnisse sich auf den Boden einer gesunden Wirklichkeitspolitik mit den anderen Parteien zusammenfinden. So konnte angenommen werden, daß das erstrebte Ziel — die schließliche einmütige Annahme der ganzen Verfassung — auch tatsächlich erreicht wurde. Erst in den allerletzten Tagen hat sich das Bild geändert. Das Zentrum, dessen Vertreter kategorisch verlangt hatten, daß der Religionsunterricht in den Schulen ausdrücklich durch die Verfassung als Pflichtfach festgelegt werden, mit diesem Wunsch in der Kommission aber nicht durchdrang, kündigte an, seine dahingehenden Anträge nochmals im Plenum einzubringen. Diese Tatsache gab nun dem sozialdemokratischen Hg. Dr. Dieß Gelegenheit, in einem Artikel, der die alarmierende Ueberschrift "Kritik auf dem Boden" trägt, anzukündigen, daß die Sozialdemokratie, für den Fall, daß eine der bürgerlichen Fraktionen im Plenum durch Stellung von Anträgen diese Frage nochmals aufrollen werde oder durch ihre Zustimmung oder Stimmenthaltung gegen die Verfassung demonstrieren, daß also die Sozialdemokratie dann überlebens die Konsequenzen trage, d. h. sich im Parlament und außerhalb desselben ihre volle Antrags- und Kampffreiheit vorbehalten müßte. Weiter brachte Dr. Dieß, daß es sich die Sozialdemokratie dann überlegen müßte, ob sie nicht vorziehen sollte, ihre weitergehenden prinzipiellen Forderungen zur Geltung zu bringen und sie, nötigenfalls ohne Verfassung oder mit einer Räteversammlung, für die die Vorarbeiten ja fertig sind, zur praktischen Durchführung zu bringen. Das sind bedeutende Worte, doppelt bedenklich in der gegenwärtig ohnedies schon gespannten Situation, bedenklich aber auch vor allem, weil sie von einer Seite kommen, die sich doch bisher radikallos auf dem Boden der Demokratie und des Parlamentarismus gestellt hat. Die Verwirklichung dieser Drohung würde eine Abkehr von diesem vernünftigen Standpunkt

bedeuten, die nicht nur zu einer großen Gefahr für unser Land, sondern auch letzten Endes zu einer solchen für die Sozialdemokratie selber werden könnte, denn es wäre kein Zweifel darüber, daß sie die demokratischen Gesetze, die sie gerufen, nicht wieder los werden könnte. Man hätte mit sozialdemokratischer Seite besser daran getan, die Angelegenheit nicht auf diese alarmierende, die Öffentlichkeit beunruhigende Art und Weise zu behandeln. Inzwischen haben sich die Mogen wieder gegährt. Im Verfassungsausschuh haben heute die Vertreter aller Parteien — auch die des Zentrums — erklärt, daß sich ihre Funktionen auf den Boden der Kommissionen-beschlüsse stellen. Das ist zu begrüßen um eine Einmütigkeit zu erzielen, muß aber Partei in Einzelheiten Opfer bringen. Den Augen danach hat das badische Volk, das andernfalls auch den Schaden zu tragen geöhlt hätte.

So darf man hoffen, daß die Verfassungsberatung jenen harmonischen Zustand finden wird, der für die weitere gesunde Entwicklung unserer innerpolitischen Verhältnisse unerlässlich ist.

Badische Landesversammlung.

8. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 12. März.

Präsident Kopf eröffnete um 4 1/2 Uhr die Sitzung. Unter den Eingängen befand sich eine Denkschrift des Badischen Reichstages über das Verhältnis von Staat und Kirche. Eine Eingabe der Unabhängigen Sozialdemokraten, die gegen die Resolution protestierten, ließ im Besonderen hervor.

Das Haus beschäftigte sich nun mit der Interpellation der Hg. Müller und Gen. (Str.) über den Eisenbahnbetrieb und die Arbeiterfrage.

Es wurde von dem Interpellanten begehrt und sollte folgenden Wortlaut: "Mit der vorläufigen Volkserhebung bekannt, durch die erheblichen Unterleide in der Arbeitszeit bei den Betriebsbedienten der Eisenbahnenverwaltungen eine kurze Erregung hervorgerufen wurde? Was gabent die Regierung zu tun, diesen Mangel abzuheben? Ist sie bereit, die Grundzüge der Bestimmungen der Volksbefragungen in Berlin vom 12. November durchzuführen? Ist der Regierung bekannt, daß diese Arbeitskräfte, die ausschließlich während des Krieges im Bahndienst verwendet wurden, durch die Rückkehr der Arbeiter in ihrem Dienst betriebslos werden? Was gabent sie zu tun, diesen Mangel entgegenzusetzen?"

Verkehrsmittel Redner

beantwortete die Interpellation und dankte dem Vordner für die Feststellung, daß sich in den letzten Wochen manches bei der Eisenbahnerverwaltung geändert habe. Ich darf, Hg. der Minister, Sie versichern, daß alle die Stellen, mit denen ich verkehrt habe, vom Geiste der neuen Zeit ergriffen sind. Das Verkehrsministerium und die Generaldirektion der Staatsbahnen wird alles tun, um den Geist der neuen Zeit zu fördern. Der Minister gab dem Redner über die Beschäftigung der Arbeiter bei der Eisenbahnerverwaltungen die Versicherung, daß das Büro zur Betreuung der Arbeiter- und Beamteninteressen bei den Eisenbahnen nicht nach Parteirücksichten zusammengestellt wurde.

Hg. Kell (Str.) vertrat den Wunsch der Bahnbetriebsarbeiter auf vermehrte Sonnensonne.

Hg. Niska (So.) brachte Eisenbahnerwünsche vor. Hg. Wöhrling (Dem.) wünschte, daß eine Gleichstellung der Eisenbahnerbeamten erfolgen soll, daß die vorgelegenen Wünsche geprüft werden und unterstützt die Wünsche der Eisenbahnerbeamten.

Das Haus begann dann mit der Beratung des Gesetzentwurfes über die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung betreffend. Für den Vorschuh für Uebersicht und Verwaltung der Eisenbahnen durch die Ummündung, Befähigt wird aus der bisherigen Gemeinde- und Städteordnung das Kassenrecht und verdrängt durch andere Bestimmungen, die als erforderlich gelten. Der Reichstatter stellt den Antrag, den Gesetzentwurf in der Form der Kommission annehmen. (Beifall.)

Der Präsident teilte mit, daß ein sozialdemokratischer Antrag eingegangen sei, nachdem die Oberbürgermeister nur auf 6 Jahre zu wählen sind.

Das Haus begann mit der Besprechung des Gesetzentwurfes.

Hg. Sauerbier (Str.) will begrüßen die Aufnahme der Frauenwahlrecht, auch dem Frauenwahlrecht können wir zu, obwohl die Erweiterung des Wahlkörpers. Wir sind damit einverstanden, daß das Bürgerrecht nur in den Fällen ruhen soll, die von dem Gesetzentwurf vorgehoben sind.

Um 4 1/2 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen. Das Haus vertagte sich zur Weiterberatung auf morgen, vormittag 9 Uhr. Fortsetzung am 14. März: Tagesordnung dieser Sitzung nach mehrerer Interpellationen etc.

Letzte Meldungen.

Abbruch der Beziehungen zwischen Deutsch-Oesterreich und Tschecho-Slowakien.

Wien, 12. März. (WB.) Einzelne Abendblätter melden, daß im Laufe des heutigen Tages die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutsch-Oesterreich und Tschecho-Slowakien abgebrochen worden sind. Die Blätter fügen noch hinzu, daß eine Befriedigung der Forderung nicht zu erreichen war.

England — Rußland — Deutschland.

Wien, 12. März. (WB.) "Daily News" vom 4. ds. Mts. erzählt Churchills Unterworte über das englische Friedensgeheimnis, welches eine Stärke von fast 1 Million Mann habe, den Steuerzahlern 400 Millionen Pfund Kosten auferlegen würde. Man rechnet dazu die Ausgaben für die Marine, die Pensionen und die Zinsen von 600 Millionen Pfund Kriegsschulden sowie den andauernden Steigen der Kosten für die Polioerhaltung. Das englische Reich steigere dem Ruin zu. Die Sozialisten im Parlament hätten mit Entzücken zugehört und damit geäußert: "Wir dachten, es sollte kein Krieg mehr geföhrt werden."

Ueber die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht hat sich Churchill gänzlich geäußert. Die Entschuldigungen, mit denen er seinen Vorles begründet, sind in Wahrheit eine Selbstbeschuldigung.

Die englische Politik in der russischen Frage sei ein Beispiel. 100 Millionen Pfund im neuen Budget kommen allein auf diesen Konto, weitere Ausgaben werden durch die Befolgung des russischen Verfalls verursacht. Deutschland hat den 14 Punkten zugestimmt, 4 Monate sind verstrichen, und Churchill gibt zu, daß England im mer noch Deutschland ausdauert. Diese Annahme ist der Grund für den Hoffschwemmas. Wenn England nicht diese infame Politik treiben werde, so wäre Deutschland in der Lage, durch Wiederaufnahme der Friedensarbeit seine Schäden zu beheben und England brauche nicht ein so großes Heer zu unterhalten, um dem durch die englische Politik hervorgerufenen Weltfriedenszustand entgegenzutreten.

Churchill behauptet allerdings, daß Deutschland die Rollen der Befolgungsbereitschaft bestrafen müßte, aber er weiß ganz genau, daß die englische Politik in Deutschland absichtlich an archaischen Zustände heranzuföhren und auf diese Weise Deutschland die Besetzung unumgänglich mache. Der Grund für die englische Politik ist der Herrschaft von 400 Millionen Pfund, die allgemeine Wehrpflicht und die in der englischen Geschichte unerhörte Verdrängung des militärischen Organismus, der notgedrungen zu weiteren Kriegen führen muß.

Beendigung des Streiks im Ruhrgebiet.

Eisen, 12. März. (WB.) Die Befehlshaber der Gewerkschaft "Deutscher Kaiser" und der Seiden-Neu-Wahl und Eisen sind in der heutigen Frühstunde wieder vollständig angetreten, jedoch die Streikbewegung im Ruhrgebiet als vorläufig beendet anzusehen ist.

### Aus Stadt und Land.

#### Aus der Stadtraisung vom 10. und 11. März.

Die gewaltige Erhöhung der Kohlen- und Materialpreise, die Steigerung der Löhne, die Einführung des 8-Stundentages, die Zuwendungen an Beamte und Angestellte, die erhöhten Aufwendungen für Armenpflege, Krankenanstalten, Erwerbslosenfürsorge, die Wiederaufnahme des vollen Betriebs der Schulen, der Wegfall eines Uberschusses aus dem letzten Rechnungsjahr, die Verzinsung und Tilgung der Schulden, die gewaltigen Leistungen für Milch, Fleisch- und Kartoffelversorgung und anderes gestalten den Haushaltsplan der Stadt Mannheim für 1919 so schwierig, daß eine bedeutende Erhöhung der Tarife und der Umlage unvermeidlich ist. Der Stadtrat sah hierüber in seinen Sitzungen vom 10. und 11. März eine Reihe von Beschlüssen. Das Wichtigste ist folgendes:

1. Der Grundpreis für den Kubikmeter Wasser wird von 20 auf 25 Pfg., die Mindestgebühr von 3 Prozent auf 4 Prozent des Mietwertes erhöht.
2. Der Gaspreis wird auf 25 Pfg. für den Kubikmeter erhöht; dazu treten noch 20 Prozent Zuschlag.
3. Der Preis des elektrischen Stroms wird für Lichtzwecke auf 60 Pfg. und für Kraftzwecke auf 30 Pfg. für die Kilowattstunde erhöht; dazu treten 25 Prozent Zuschlag.
4. Die Straßenbahn beansprucht für 5 Teilstrecken 20 Pfg., für 6 und 7 Teilstrecken 25 Pfg., darüber hinaus 30 Pfg.; entsprechend werden die Zellkorin im Preise erhöht.
5. Die Kanalgebühr wird verdoppelt.
6. Die Müllgebühr wird verdoppelt.
7. Die Umlage beträgt a) 50 Pfg. von 100 M. Steuerwert des Liegenschafts- und Betriebsvermögens, b) 25 Pfg. von 100 M. Steuerwert des Kapitalvermögens, c) 150 Prozent der Einkommensteuerfähige. Die Voranschlagsberatung wird am 31. März 1919 beginnen.

Diese Umlageerhöhung übertrifft die schlimmsten Beschränkungen. Man hätte sich auf eine beträchtliche Steigerung der vorjährigen Umlage gefaßt gemacht, aber eine derartige geradezu ungeheure Erhöhung ist wohl nur von demjenigen erwartet worden, welche in unsere städtischen Finanzen einen ganz genauen Einblick haben. Der Stadtratsbeschluss ist daher höchst bedauerlich, in der sich unsere Stadtwirtschaft befindet, eine Lage, für welche der Ausdruck „katastrophal“ wohl nicht zu stark ist, denn der Stadtrat hätte sich andernfalls sicher nicht dazu entschlossen, die Einkommensteuer von 80 Prozent der staatlichen Höhe auf 150 Prozent, also um nahezu das Doppelte, zu erhöhen. Aber es bleibt bei dieser geradezu ungläublichen Mehrbelastung des Einkommens nicht allein. Auch die städtischen Gebühren werden beträchtlich erhöht: Wasser, Gas- und Strompreis, Kanal- und Müllgebühr und Straßengebühr. Dem Stadtratsbericht sind die Gründe für diese wirklich unerträglichen Mehrbelastungen des Mannheimer Steuerzahlers zu entnehmen. Wir brauchen sie deshalb nicht zu wiederholen, können vielmehr zusammenfassend sagen, daß wir die Wirkungen des verlorenen Krieges und der mit ihm zusammenhängenden Vorgänge in den letzten Monaten namentlich in vollem Umfange zu spüren bekommen.

Liegenschafts-, Betriebs- und Kapitalvermögen werden ebenfalls schwer mehrbelastet, wenn auch nicht in dem Maße, wie das Einkommen. So soll die Umlage von 100 Mark Steuerwert des Liegenschafts- und Betriebsvermögens von 40 auf 50 Pfg., diejenige des Kapitalvermögens von 16 auf 25 Pfg. erhöht werden. Wir werden jedenfalls bald die Gründe für die Festlegung dieser Höhe hören. Für die Bemessung der Umlage auf Liegenschafts- und Betriebsvermögen ist vor allem immer die Rücksichtnahme auf die Mannheimer Industrie und die Konkurrenzfähigkeit mit anderen Städten in der Frage der Realverteilung maßgebend gewesen. Man darf annehmen, daß dieser Gesichtspunkt auch diesmal eine große Rolle gespielt hat, aber er wird nicht ausschlaggebend gewesen sein angesichts der Tatsache, daß wir noch gar nicht wissen, wie sich unsere wirtschaftlichen Verhältnisse in Zukunft gestalten werden. Weit beträchtlicher ist die Mehrbelastung des Kapitalvermögens von 16 auf 25 Pfg., also um über 50 Prozent.

Die erste Frage des Umlagezahlers wird wohl, nachdem er sich von seiner Verbilligung wieder zu klarem Denken gefonnen hat, sein: „Woher bringe ich die Mehrbelastung auf.“ Die einzige Antwort ist: „weitere Versteuerung der Lebensverhältnisse“, denn es ist doch klar, daß der Kaufmann den Preis seiner Ware entsprechend erhöhen muß, wenn er auf seine Rechnung kommen will. Statt Wobau der Preise also weitere Verbilligung, statt Rückkehr zu erträglicheren Verhältnissen eine weitere Verschärfung der Lage aller derjenigen, die auf ihren Verdienst angewiesen sind und mit ihm rechnen müssen. Von rechnen kann hier schon gar keine Rede mehr sein, weil das ganze bisherige Haushaltsbudget über den Haufen empor wird. Ein erster Eintrag auch beim Angestellten und

### Die beiden Buckligen.

Bländisches Märchen.

Uebersetzen von Erica Koch.

Ein Herrchen sah auf einem Erlebaum und sang in einem fort vor sich hin: „Sonntag, Montag, Sonntag, Montag!“ Das geistliche Chor nicht! Einst kam ein Bueßler des Weges vorüber, der hörte das Herrchen singen: „Sonntag! Montag! Sonntag! Montag!“

Und er blieb stehen. Als er eine Zeilung zugehört hatte, sagte er auf einmal: „Montag!“

Und das Herrchen sang nun: „Sonntag, Montag, Dienstag, Sonntag, Montag, Dienstag!“ Und sie fand, daß ihr Liebchen jetzt viel schöner klang und sagte: „Der Bueßler hat mein Liebchen schöner gemacht! Wie soll ich ihn dafür belohnen? ... Warte, er hat da ein hübsches Geschenk auf dem Rücken, das will ich dir fortnehmen; der Junge soll auch hübscher werden!“

Und sie nahm ihm seinen Buckel fort und legte ihn neben sich auf einen Zweig!

Nun war unser Bueßler ein schmaler Bueßler geworden, und er zog wohlgenut seine Straße weiter. Untenwegs begegnete ihm ein zweiter Bueßler.

„Du“, sagte dieser, „ich erkenne dich ja kaum wieder! Du bist so schön geworden! Wo ist dein Buckel geblieben?“

Der erste erzählte, was ihm geschehen war. „Gut“, sagte der zweite Bueßler und machte sich auf den Weg nach dem Erlebaum.

Und es ging wieder so schief: „Sonntag, Montag, Dienstag! Sonntag, Montag, Dienstag!“

„Wittwoch!“, sagte der Bueßler. Und das Herrchen sang: „Sonntag! Montag! Dienstag! Wittwoch!“

Das Wittwoch kam ihr jedoch nur mühsam aus der Kehle. Und so pfeif sie nicht.

„Mein Liebchen ist verdorben“, sagte sie. „Wie soll ich den Bueßler belohnen? ... Ich will ihn noch hübscher machen.“

Und sie nahm den Buckel, der neben ihr auf dem Zweig lag und machte ihn dem Bueßler auf die Brust!

Und der hatte nun soperat zwei Buckel: einen vorne und einen hinten!

(Aus der Sammlung von Vol de Rent und Alfons de God.)

### Theater, Kunst und Wissenschaft.

Die neue Tragödie „Dies irae“ von Anton Wildgans, die in Halle begrifflicherweise zu einer entschiedenen Auflehnung des

Arbeiter, deren Einkommen bis auf den letzten Pfennig zur Steuer herangezogen wird. Was wird die Folge sein? Die Forderung von weiteren Steuererhöhungen und Lohnherabsetzungen. Eine Schraube ohne Ende! Wahrscheinlich, daß die Zukunft dann bald nicht mehr trüber werden. Und dabei ist zu befürchten, daß wir noch nicht am Ende dieser ungeheuerlichen Steuerbelastungen angekommen sind.

### Beibehaltung der Zwangsbewirtschaftung in der Obstversorgung.

Gestern fand in Karlsruhe auf Einladung der Bad. Obstversorgung im Sitzungssaal der ehemaligen Ersten Kammer eine mit der Obst- und Gemüseversorgung sich befassende Versammlung der verschiedensten Interessentengruppen statt, zu der als Vertreter der Regierung Minister Trunk, Geh. Rat Dr. Schneider, Geh. Rat Cron, ferner Vertreter der Landwirtschaftskammer, der Verbraucherkammer, der Hausfrauenvereinigungen, des Landespreissamts, der Obstbändlervereinigungen und landwirtschaftlichen Organisationen erschienen waren.

Der Vorsitzende, Geh. Rat Cron, gab ein Bild der Obstversorgung in Baden und stellte dabei fest, daß von der gesamten von der Obstversorgung abgegebene Obstmenge 70 Prozent an die Karlsruher Obstfabrik abzugeben werden sollte. Es gelang schließlich, dieses Maß auf 60 Prozent festzusetzen. Ingesamt sind im letzten Wirtschaftsjahr 1918/19 2000 Zentner Obst an Karlsruher Obstfabrik geliefert worden. Diese Karneade wird an die Allgemeinheit verteilt und zwar wurden bis jetzt von den Fabriken 145 880 Zentner Karneade abgeliefert. Weitere Ablieferungen folgen. In seinen weiteren Ausführungen betonte der Redner, daß die ungenügende Obstlieferung im letzten Jahr nicht allein auf den allgemeinen Obstmangel, sondern im besonderen auf den Schleichhandel zurückzuführen war. Er stellte den Antrag, in diesem Jahr von einer Bewirtschaftung des Frühhobstes abzusehen und das Frühhobst dem freien Handel zu überlassen.

Für eine sehr lebhaften Aussprache, in welcher von Vertretern die Notwendigkeit der öffentlichen Bewirtschaftung des Obstes betont, von Vertretern des Großhandels dieser Ansicht aber nicht zugestimmt wurde, erfolgte eine Abstimmung, welche das Ergebnis hatte, daß die große Mehrheit der Versammlung für die Beibehaltung der Zwangsbewirtschaftung des Obstes in der bisherigen Weise ohne weitere Verschärfung war. Bei Beratung der Gemüseversorgung wurde ebenfalls beschlossen, die Zwangsbewirtschaftung beizubehalten.

### Deutsche Demokratische Partei Mannheim.

Mitgliederversammlungen der Bezirksvereine Neckarau und Feudenheim.

Heute Donnerstag, 13. März, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Lamm“ eine Mitgliederversammlung des Bezirksvereins Neckarau statt. Auf der Tagesordnung steht ein Referat des Herrn Stadtratsordneten Dr. H. Neckarau über „Die Bedeutung der Gemeindevahl“. Danach freie Aussprache.

Der Bezirksverein Feudenheim hält ebenfalls heute Donnerstag, 13. März, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Badischen Hof“ eine Mitgliederversammlung ab. Ueber „Die Bedeutung der Gemeindevahl“ wird Herr Stadtrat Knodel-Rhönau sprechen. Danach freie Aussprache.

### Deutsch liberale Volkspartei.

Bezirksversammlung Lindheim.

Herr Prokurist Baumann eröffnete die gutbesuchte Versammlung und erteilte Herrn Rechtsanwält Dr. Stoll das Wort. In seinem Vortrag über die neue Gemeinde- und Städteordnung wies der Redner immer wieder auf die leitenden Grundgedanken hin: Gleichberechtigung der breiten Massen und Wahrung des politischen Sinnes. Der Grundgedanke des Volkstaates sei in weitgehendem Maße in der neuen Städteordnung verwirklicht. Das Volk soll Träger der Souveränität sein, selbständiger Bewahrer seiner öffentlichen Angelegenheiten. Der Staatsgedanke muß im Volke Wurzel schlagen. Jeder muß das Gefühl bekommen, die Staats- und Gemeindegangelegenheiten seien nicht fremde Geschäfte, sondern auch seine eigenen Angelegenheiten. Dann werde die richtige Mitarbeit des Volkes an der Politik eintreten. Zur Verwirklichung dieses Gedankens sei die Frau politisch gleichberechtigt und das politische Vortrecht der Reichs abgelehnt. Von der Wirklichkeit der Frau sei sehr viel zu hoffen, denn sie trage den Staatsgedanken und den Sinn für Politik dem heranwachsenden Geschlechte ein. Konkurs und Armut seien keine Schranken mehr, die Ruben oder Verlust des Bürgerrechts berückten. Der Armenhäuser habe genau das gleiche Recht wie der Reiche. Das Dreiklassenwahlrecht sei gefallen und damit die dreifache politische Macht der Höchstbesteuerten gegenüber den Niederbesteuerten. Die Stellung des Beamten verdamme nicht mehr zur politischen Unfähigkeit. Nur soweit ein Pflichtenkonflikt eintreten könnte, müßte der Beamte kein Amt niederlegen bei Wahl zum Stadtrat oder Stadtratsmitglied. Namentlich die besoldeten Gemeindevorstände haben volles politisches Wahlrecht. In der Jugend muß so früh wie möglich das Interesse an ihrer Gemeinde geweckt werden, darum altines Wahlrecht schon mit 20 Jahren. Der Redner schloß mit lebhaftem Beifall mit dem Wunsch, daß das Volk das große Vertrauen, das ihm durch die neuen Bestimmungen entgegengebracht ist, zum Segen des Vaterlandes rechtfertigen möge.

Fräulein Helene Hennings sprach über die Frauen und die deutsche liberale Volkspartei. Sie betonte, daß die

Frauenbewegung aus liberalen Ideen heraus geboren sei und forderte die Frauen auf für Deutschlands Recht und Einheit und für Freiheit im Wirtschaftsleben einzutreten. Auch ihre ausgezeichneten Darlegungen ernteten reichen Beifall.

An der Aussprache beteiligten sich mehrere Mitglieder. Besonders vermies Herr Prokurist Schöffel auf die niedrige Saluta der Markt und die dringende Notwendigkeit nationaler Arbeit und Produktion als einziger Retter vor dem Staatsbankrott.

### 25 Jahre Schloßbibliothekar.

Am morgigen Tage feiert der bekannte Bibliothekar der öffentlichen Bibliothek im Schloß, Herr Professor Max Dejer, sein 25-jähriges Dienstjubiläum. In einer von Professor Dr. A. Fränkel verfaßten und im B. Behrings Verlag in Berlin erschienenen Broschüre „Max Müllers Auserlesene“ findet sich eine kurze Biographie Dejers, die wir hier folgen lassen:

„Da Dejer in der heutigen Müller-Auserlesene die urfällige wie die leitende Rolle spielt, so sei, unter Hinweis auf die in Kürschners Literaturkalender und anderwärts erhältlichen Daten, hier blick bemerkt, daß er, 1861 zu Dresden geboren, nach vielseitigen humanwissenschaftlichen Studien, während der Wüste der jüngstdeutschen Literaturbewegung zu München dem Kreise M. G. Conrads angehörte, 1894 durch Minister A. D. August Ramey berufen wurde, die oben bezeichnete Bibliothek zu leiten, und eine lange Reihe bedeutender kunsthistorischer und veränderter Arbeiten selbsterrungenen Stoffes, meistens aus der kulturellen Vergangenheit seiner zweiten Heimat Mannheim veröffentlichte, darunter auch das lebensgeschichtlich sehr interessante und dabei stark verinnerlichte Schillerdrama der Mannheimer Kompißsche „Hilfswort, der arme Teufel“ (1906). Ein gründlicher Bücherkenner und glänzender erprobter Bibliograph, gewährt Dejer auch in seinen Katalogen der von ihm geleiteten öffentlichen Bibliothek im Großschloß zu Mannheim (1906, Nachträge bis 1909; völlig umgearbeitete Ausgabe im Druck) und der 5. Auflage der 1. Abteilung dieses Bücherverzeichnis, nämlich der „Mannheimer Druck- und Buchausgaben hauptsächlich der Schillerzeit“ (1917), S. 7, einen festen Inhalt. Max Dejer hat schon früher mehrfach bei verschiedenen Gelegenheiten Müller seine Teilnahme geschenkt: Geschichte der Kupferstechkunst zu Mannheim im 18. Jahrhundert (1900), S. 77-78; Aus der Kunstzeit Karl Theodors. Heimliche Studien über das Kunstscheit Mannheims (1901), S. 139-140; Süddeutsche Buchschau (Frankfurt a. M.) 1 (1901), Nr. 8, S. 246-249; namentlich aber 1904 in seiner wissenschaftlichen „Geschichte der Stadt Mannheim“, einem kulturhistorisch unerschöpflichen Buche, S. 247-255, wo er mit Nachdruck „seine Pflichten Heimatkunst und seine Vertiefung des modernen Realismus“ unterstreicht.“

Kußerdem sind von Dejer noch erschienen „Geschichte des Meisters Dorsch“, „Friedrich Klein-Choosier und seine Neue Kunst“, „Michel Koch, ein deutscher Maler“ und die vielgenannte Volksgeschichte der Werke des Pfälzer Dichters und Malers Müller. Wie mir dieser Tage berichteten, sind die großen literarischen Verdienste des Jubilars durch Verteilung der Ehrenmitgliedschaft gewürdigt worden. Wir schließen uns allen denjenigen, die am morgigen Tage des geschätzten Mitbürgers gedenken werden, von Herzen an, und wünschen ihm, daß er noch recht lange der Schloßbibliothek und der literarischen Welt der Pfalz erhalten bleibe.

Die Bekämpfung des Schleichhandels. Das Ministerium für Ernährungswesen hat den Bezirksämtern und den Kommunalordnungen zur Pflicht gemacht, dem Schleichhandel und der Schleichversorgung mit geistigen Getränken entgegenzutreten. Eine Verschärfung der Ueberwachungsmaßnahmen ist angeordnet worden. Sollte sich gewerbliche Betriebe des Schleichhandels schuldig machen, sollen sie geschlossen werden. Wer lediglich keine Reagen von Lebensmitteln bei sich führt, wird bei der Kontrolle nicht beanstandet werden. Das Eisenbahnpersonal wird die Polizei- und Kontrollbeamten bei ihrer Tätigkeit in jeder Weise unterstützen und auch dem Postverkehr wird von den Ueberwachungsstellen erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die Fleischversorgung. Die Regierung hat die Kommunalordnungen, die die ihnen aufgegebenen Stützstellen an Schlachthöfen nicht aufbringen können, ermächtigt, zur vorübergehenden Überbrückung des Bezirks gegen die Ausfuhr von Juchts, Zug- und Einflüßeln.

Richtpreise für Saatkartoffeln. Das badische Ministerium für Ernährungswesen hat folgende Richtpreise für die in Baden gezeuerten Saatkartoffeln beim Verkauf durch den Erzeuger festgesetzt: für Saatkartoffeln bis zu 8 Mark, für Saatkartoffeln für mittelfrühe Sorten bis zu 11 Mark und für Saatkartoffeln für frühreife Sorten bis zu 11 Mark jeweils für einen Zentner. Für Saatkartoffeln, die nicht ausgeteilt sind und sortiert sind, gilt der Höchstpreis für Saatkartoffeln mit 6.25 Mark für einen Zentner. Für Saatkartoffeln, welche von einer Saatkartoffel- oder Landwirtschaftskammer als Saatkartoffel anerkannt sind, erhöhen sich die Richtpreise um 1.50 bis 2.50 Mark.

Pa. Verkauf des Kommunalweines. Unserer kürzlich gebrachten Notiz über die Verteilung preiswerten Weines an die Mannheimer Bevölkerung kann nochgelesen werden, daß sich namentlich die Betriebsvereinigungen bereit erklärt haben, den Weinsverkauf zu den f. z. gemeldeten Bedingungen zu übernehmen.

Die Mannschollen der Zerklüftigen-Postkammer machen überaus viel, wo sie sich zeigen, einen sehr günstigen Eindruck. Es lesen wir im Stuttgarter „Neuen Tagbl.“: „Ein ungewöhnliches Bild war

Publikums geführt hat, konnte auch im Frankfurter Reinen Theater nur einen mäßigen Erfolg erzielen; und der galt gewiß in erster Linie der formidablen, kimmerungsvollen (wenn davon die Rede sein kann) Aufführung unter Arthur Hellmer und den Künstlern Ziska, de Balak, Weiss, Wollmann, Kner, Rüstel und Sentimentalität, Strindberg'scher Art und modernste Weiblichkeit hoben ihn in ansehnliche, und jedes bewußten Gestaltungswillens entbehrenden Formen ein unverwundliches Gebilde geschaffen, das Leben und Sterben eines Sohnes, der von den Eltern nicht gemollt wird, behandelt, sich aber nicht mit diesem einen Hornum begnügt, sondern ihm das Schicksal eines wohlren jungen Mannes namens Rabanjer verleiht. Dieser, dem Weiblichen Moritz Stiefel (aus „Frühling's Erwachen“) nicht unähnlich, ein genialer weisender Schwärmer, wird im Leben, höchst außerordentlich entwickelten Bilde (das aber nach dem Selbstmord des passiven Heiden kein Mensch mehr erwartet) zum Sprecher, Anführer und Richter. Umhüllt von Frauenplang und ferner Ruff nicht der Verdächtige des „Dies irae“ in schwelenden dramatischen Verlen um neue Zeiten, neue Uebe. Den unverblühten Redner aber ergreift diese Pathetik, äußerlich angelehnt an die Schlußpartien des „Faust“ nicht; er hat nach allem, was vorausging, das Interesse verloren.

Zwischendurch spielen eine schwächelnde-rührerische Veröhnungsgene der beiden hoherefüllen Gatten, von einem modernen Mittelmann zu Weg gebracht; das Verstädt-Dachbodenbild des Rabanjer und der ihm in willensloser Leidenschaft ererbenden Tauben und die Pubertätslebenszeit des jungen Hubert mit einer Verwandten. Hier wo der junge heranreifende Mensch die Tragödie seines Alters erlebt, schwandend von Genus zu Entzogen, stark im Empfinden und schwach im Handeln, hier sorgen einzelne dichterische Einfälle und Partein der Beobachtung hervor, wenn auch diese wiederum an Weiblich und Strindberg erinnern und etwa in Hofenclevers „Sohn“ fröhlichere Darstellungen erlöchen. Wildgans selbst hat in seinen beiden vorausgesetzten Dramen „Armut“ und „Liebe“, obwohl auch sie nicht unanstößbare Dichterwerke sind, die dramatische Linie in ihrer Einheit einigermassen gewahrt; der „Dies irae“, aber spintet ein Gewir von Fäden an, ohne sie zu lösen, und hinterläßt dem Hörer kaum mehr als einen tafeldostopparigen Eindruck.

Dr. Georg Schott

### Aufführung in Hannover.

Man schreibt uns aus Hannover: Auf Veranlassung des Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur fand im Hannover. schon Residenztheater die Aufführung der „tragischen Ballade“ Godiva von Hans Frick von Zweck statt. Sie drängte den alten Stoff von der Lady Godiva, die nach durch Coventry reist, um

die arme Bevölkerung von Leiden zu befreien. Dabei sah sie einer und er mußte dafür erlöchen. Der Schweizer Viktor Herding hat den Stoff bereits vor einigen Jahren dramatisiert. Zwei feuert einige neuartige Variationen und Motivierungen bei, er dichtet in einer schönen und klaren Sprache und seine Erotik ist von edler Reinheit und Schönheit.

### Kleine Theaterkritik.

Die nächsten Notizen des Künstlertheaters in Berlin (Direktion Barnowka) werden die beiden Lustspiele „Der Sammler“ von Fritz Friedmann-Friedrich und „Der Popo“ von Ben Walter Stein bilden. — Der Leiter des Stadttheaters in Innsbruck, Ferdinand Erl, beabsichtigt die Gründung von Kammertheatern in Innsbruck. — Hermine Körner wird das von ihr auf 6 Jahre gepachtete Münchener Künstlertheater erst 1920 eröffnen, um die künstlerischen Vorbereitungen unlosend genug treffen zu können. — Am Sonntag hat sich die bisherige Direktion des Münchener Schauspielhauses Stollberg-Schmaderer mit der 250. Aufführung der „Jugend“ verabschiedet. — Das bisherige hannoversche Hoftheater wird namentlich in den Besitz der Stadt Hannover übergeben. Der Staat wird aber einen beträchtlichen Zuschuß zahlen. Für die Jugend sollen besondere Klassenvereinigungen veranstaltet werden.

### Hans Frank

Wird die Buchausgabe seines Dramas „Freie Rechte“, dessen Aufführung kürzlich mit großem Erfolg stattfand, im Leipziger Verlag zu München erscheinen. Barlach hat das Buch mit einer eindrucksvollen Zeichnung geschmückt.

### Mathematische Berechnung des Friedensschlusses.

Wie wohl manchem bekannt, kann man den Friedensschluß von 1870/71 mathematisch berechnen. 1870 + 1871 = 3741. Die Quersummen der beiden ersten und letzten Ziffern ergeben den Tag des Friedensschlusses, nämlich 3 + 7 = 10, 4 + 1 = 5, also 10 und 5, d. h. 10. 5. oder 10. Mai 1871. Diese Rechnung hat ein Leser des „Frank. Generalanzeigers“ auf unsere Zeit angewandt, wo sie folgendes Ergebnis: 1914 + 1919 = 3833. Die Quersummen der beiden ersten und letzten Ziffern ergeben 11 und 6, also wäre der Tag des Friedensschlusses der 11. Juni dieses Jahres.

### Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Sternorte. Dichtungen von Carl Hagedorn kamen am gestrigen Abend zum Vortrag. Hermann Kupfer begann mit der unveröffentlichten Novelle „Das Schmetterlingsnetz“, einer spannenden aufgebauten und vornehm durchgeführten Ehegeschichte, die dem



Allgemeine Veröffentlichungen der Stadtgemeinde

Freitag, den 14. März gelten folgende Marken:
I. Für die Verkäufer.
Schokolade beim Schokoladenverkauf: Zur Befreiung...

Milchverfälschung.
Unter dem Einfluß der großen Futtermittel- und
die Anlieferungen von Milch in den letzten Tagen...

Straßenbahn.
Ein Verzeichnis der im Bereich der Straßenbahn-
und der Bahn nach Karlsruhe im Monat Februar...

Definitive Aufzählung.
Am Dampftriebwagen gelangt zur Umgründung:
1. Im alten Halbesbühl von der 1. Abteilung...

Warenhaus KANDER
Wäsche-Bördchen
Hohlraum-Bördchen
Billige Kurzwaren für Schneiderei und Hausbedarf!
Knöpfe, Reinwollene Tressen, Nadelwaren, Samt-Rockstoß, Näh- u. Knopflochseiden.

Danksagung.
Die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Tode unserer
innigstgeliebten Luise, insbesondere die hochachtende Wertschätzung...

Todes-Anzeige.
Tieferschmerz machen wir Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine
innigstgeliebte Frau und Mutter
Maria Meyer geb. Meyer
nach langem schweren Leiden im Alter von 50 Jahren...

Statt Karten.
Oft Fallmann
Anna Fallmann geb. Kronstan
Vermählte.
Mannheim, März 1919.

Statt Karten!
Die glückliche Geburt eines kräftigen
Jungen
setzen hochachtungsvoll an.
Rütmeister Glaser u. Frau
Lena geb. Pehrun.
Heddenberg (Röderweg 6), 24. Febr. 1919.

Mannheimer Hausfrauenbund
Abteilung Schuhfürsorge P 6, 20.
Kurse
zur Anfertigung von Haus- und Straßenschuhen...

Neue preiswerte Uebergangshüte
empfohlen
Geschwister Schrag, N 3, 7/8
Das Umformen und Färben alter Hüte wird von uns besorgt.

Damen - Friseur - Salon
empfiehlt sich in Schönheitspflege, Kopierarbeiten,
Friseur in und außer dem Hause.
Besetzung durch 1. Kraft.
K. Marras, Kleinfeldstraße 48 I.
Hohl-Säume-Stoffknöpfe
werden gut und billig angefertigt.
Maier, Heinrich-Lanzstrasse 33.

Reparaturen
Neuwicklungen
Umwicklungen
von Elektromotoren und Apparaten, Drehstrom-Motoren
sowie oder kurzfristig lieferbar, zu günstigen Preisen.
Aukauf defekter Motoren.
Elektromotoren-Werke Mannheim
Palisa
Trautstraße 43.

Treibstoffe für Dieselmotoren
Teer- und Holzöle
in ganzen Ladungen, sowie in Eisenkästern
schlechte Öle und Fette für die gesamte
Industrie liefern
Mineralöl-Gesellschaft Schwaben
mit beschränkter Haftung
Stuttgart, Königsstr. 75. Tel. 5413.

Detektiv-
Kontroll- und Privatankunft „Bygos“
A. Walter & Co., G. m. b. H., Mannheim, S. O. 1 - Telefon 3465.
Vortragsreihe Anknüpfen jeder Art, Verhöre, Verurteilungen in
allen Kriminal- u. Zivilprozessen, Heiratsankünfte.

Damenschneiderei!
empfiehlt sich zur Umformung
feiner Damen- und Mädchen-Bekleidung
sowie Umänderungen bei großen Preisen
Q 7, 20. Luthie Imbery Q 7, 20.

Privat-Tanzkurs
Der verlorene Schrittmann
Ludwig Pfirrmann
Lehrer der Tanzkunst
Spezialstraße 8.
Am 2. April beginnt in mei-
nen Unterrichtsstunden - Tan-
kurs - wieder ein sehr netter
Kursus.

Hof-Kalligraphen Gander's
Schreib- und
Handelskurse.
Gegründet 1857. - Diplom 1885.
Tages- und Abendkurse
in sämtlichen Kalligraphie- und Schreibarten...

Zigarren und Zigaretten
in allen Preislagen gegen auf Kasse zu kaufen geeignet.
Kadelbach, Bremen, Altonaerwall 21. 247

Statt jeder besonderen Anzeige.
Todes-Anzeige.
Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung,
daß gestern abend 11 Uhr mein lieber Gatte, unser treubesorgter
Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel
Johann Friedrich Merkel
Kaufmann
nach längerem Leiden im Alter von nahezu 66 Jahren schnell
und unerwartet, sanft entschlafen ist.
LADENBURG-WIEBLINGEN, den 12. März 1919.
In tiefer Trauer:
Magdalena Merkel geb. Treiber
Heinrich Ries, Hauptlehrer und
Frau Johanna geb. Merkel
Wilhelm Merkel
Adolfine Merkel.
Die Beerdigung findet Freitag, den 14. März, nachmittags 1/4 Uhr vom
Traueuhause aus statt.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass meine
Liebe, treubesorgte Gattin, Schwester und Schwägerin
Minna Mezger
im 48. Lebensjahre gestern 1/2 Uhr entschlafen ist.
MANNHEIM-WALDHOFF, den 12. März 1919.
Der trauernde Gatte:
Herrmann Mezger.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 4 Uhr in Sandtheln statt.

Unterricht
Wer beteiligt ist an
engl.-franzö-
s. Unterricht?
75 St. pro Stunde. Tag-
und N. L. 100 an die Be-
lehrerseite. St. 10/10
Wer?
erteilt 2 Jungen Herren ebenfalls
privat-Engl.-Tanzunterricht.
Werden gut und billig angefertigt.
Kalligraphen unter J. T. 96 an
die Kalligraphen- u. B. B. B. B.







**National-Theater**  
 Donnerstag, den 13. März 1919.  
 25. Vorstellung im Abonnement D 337

**Die Räuber**  
 Anfang 8 Uhr. Mittel-Pfeifer. Ende 10 Uhr.

**Künstler-Theater „APOLLO“**  
 Heute u. morgen abends 7 Uhr: Luitila  
**Jung muss man sein.**

**Kabarett Rumpelmayer**  
 Täglich **4 Uhr-TEE**  
 mit Unterhaltung durch Kabarettkünstler  
 bei freiem Eintritt

**Abends das Märzprogramm**  
 Kasseneröffnung 7 Uhr. Patta Beginn 7.30 Uhr.

Kaffee und Konditorei Rumpelmayer  
 Täglich Konzert der Kapelle  
 Neumann

**K1,5a**  
**SCHAUBURG**

Nur noch heute und morgen!  
**Bruno Kastner**  
 5 Akte in 5 Akte

**Zwischen zwei Welten**  
 Soziales Drama in 3 Akten.  
 Spielzeit: 8.15, 8.30, 8.50 Uhr. 1990

5 Akte 5 Akte  
**Vendetta**  
 oder: **Blutrache**  
 Liebestragödie in 4 Akten.

**Elly Ney**  
 spielt am  
**Freitag, 21. März, abends 7 1/2 Uhr**  
**im Versammlungssaal.**  
 Karten: Mk. 6.—, 4.50, 3.50, 2.50, 1.50 an der  
 Konzertkasse Heckel, O 3, 10. Ja96

**Aufruf!**  
 Die Aufführung eines Feldlazaretts erfordert:  
 Sanitätsoffiziere  
 Oberapotheker  
 Lazarettinspektoren  
 Unteroffiziere  
 Trainsoldaten  
 Sanitätsunteroffiziere und  
 Militärkrankenküchener.

**Meldet Euch zahlreich sofort.**  
 Die Heimat ist in Gefahr. Es geht um alles,  
 um Gut und Leben. 1302  
 Ueber Bedingungen für Eintritt, Besoldung,  
 Erlaubnis usw. gibt jedes Bezirkskommando Auskunft.  
 Meldung bei der  
**Sanitätsabteilung 14, Durlach**  
 (Friedrichschule).

**Geschäfts-Eröffnung.**  
 Neu renoviert!  
 Dem wertigen Publikum, Freunden und Gönnern, sowie  
 meiner wertigen Nachbarschaft zur Kenntnis, daß ich ab  
 15. März das 9023

**Gasthaus zu den 3 Königen**  
 L 4, 13 vis-à-vis des Bezirksamtes L 4, 13  
 erhöhte Empfehlung meine vorzügliche Küche sowie  
 prima Weine und B. Karlsruher Bier.  
 Gebt einem gereizten Fußruch entgegen  
**Karl Echtle**  
 langjähr. Köchenschef. 9837

**Philharmonischer Verein.**  
**Musensaal Drittes Konzert Rosengarten**  
 Samstag, den 22. März 1919, abends 7 Uhr. 996

Das Orchester des Mannheimer National-Theaters.  
 Leitung: Generalmusikdirektor **Bruno Walter, München.**

1. Ouvertüre „Ruy Blas“ F. Mendelssohn. — 2. Symphonie C Dur (Köch.  
 Verz. 200) W. A. Mozart. — 3. Phantastische Symphonie op. 14 H. Berlioz.

Eintrittskarten: Mk. 7.—, 6.—, 4.50, 3.50, 1.50, in den Musikalienhandlungen  
 K. Ferd. Heckel, Pfeiffer, Mannheimer Musikhaus und an der Abendkasse.

**Deutsche Demokratische Partei Mannheim**  
**Hauptverein Mannheim-Stadt.**  
 Mitgliederversammlung am Freitag, den 14. März, abends  
 1/8 Uhr im oberen Saal des „Volkshauses“.

**Tagesordnung:**

1. Die kommenden Gemeindevahlen. Herr Stadt-  
 rat Vogel.
2. Freie Aussprache.
3. Wahl der Delegierten zur Wahlkreis-Konferenz  
 nach Mosbach.

Zu zahlreichem Besuche der Versammlung ladet ein 8690  
**Der Vorstand.**

**Blumenhaus „Epheukranz“ Landschafts-  
 gärtnerei**

Empfehle mich für sämtliche  
**Frühjahrs-Gartenarbeiten**

Neuanlagen / / / / Umänderungen  
 Uebernahme von Gärten im Jahres-Abonnement.  
**— Geschultes Fachpersonal —**

**Karl Schott**  
 S 6, 13, Tel. 2162. 9013

**Evaporator-Ölfeuerung**  
 2154 Lieferzeiten: 14 Tage!

erzeugt in ihrer Kombination je nach Marktlage feste oder  
 flüssige Brennstoffe zusammen oder einzeln zu verkaufen.

**Deutsche Evaporator-A.-G.**  
 D 1, 9 Mannheim Tel. 287.  
 Verlangen Sie Offerten und Ingenieurbesuch kostenlos.

**Badener!**  
 mit reichstem Wobden versehen allerorten im Reich die Sparaffillen eines neuen Gemalt-  
 berichts einer Winderbeit zu errichten. Die Regierung braucht gute Disziplinäre  
 Truppen. Ihr habt im Jahre an erster Stelle gefunden, heißt auch jetzt!

**Meldet Euch zum Freikorps Pfeffer.**  
 Besitzt Euch, weil wir in die neu aufstehende ganz baltische Kompagnie nur  
 auch eine beschränkte Zahl aufnehmen können. 2456

**8 Mark Tageszulage**  
 außer der mobilen Wohnung, Verpflegung, Familienunterstützung und sonstigen  
 Vorteilen haben wir bei unserem letzten Kampfeinsatz bezahlt. Die hohe Zulage wird  
 nicht umsonst bezahlt, im Gefecht gehen wir run, in Ruhe exercieren und üben wir,  
 dann sind wir eine Elite-Gruppe und müssen es bleiben. Wir haben schwere und  
 leichte Artillerie, Kavallerie und Panzerwagen, sowie alle Hilfsmittel. Durch ganz  
 Deutschland führt unser Weg. Überall, wo wir eingesetzt werden, haben wir Ruhe  
 und Ordnung geschaffen. Wir nehmen nur zuverlässige, gesunde Unteroffiziere und  
 Mannschaften.

**Freikorps Pfeffer**  
 Meldestelle: Heidelberg, Hauptstr. 2a  
 Gastwirtschaft „Goldene Rose“.

**Kapitalisten**  
 Zur Gründung einer A.-G. zwecks Ausbeutung und  
 Herstellung von künstlichen Dängern aus Klärschlamm  
 mit Zuzug von Stoffstoffgewinnung aus der Luft. Deutsche  
 Reichspatent erteilt und von sachverständiger Seite viel-  
 fach anerkannt. Angebote unter M. O. 16 an die Ge-  
 schäftsstelle dieses Blattes. 9837

**Architekt**  
 über. in seiner freien Zeit  
**Hausvorstellungen**  
 u. dgl. sowie Arbeitsent-  
 w. Angebote unter M. O. 18  
 an die Geschäftsstelle. 9704

**Privat-Auskünfte**  
 Ermittlungen jeder Art  
 auf alle Plätze, streng  
 diskret. durch 879  
 Auskunft Hartmann  
 Mannheim, G 5, 24.  
 Bornehme Bedg. langj.  
 bewährte Organisation.

**Abschriften**  
 Vervielfältigungen  
 mittels Lapidarwerkzeug  
 prompt. Qualitäts-  
 Schreibe, N 4, 17  
 Telefon 7105.

**Welcher Kunstmaler?**  
 würde einem talentvollen  
 jungen Mann, 19 J. alt,  
 zur Ausbildung verhelfen.  
 Angebote unter L. H. 35  
 an die Geschäftsstelle. 9756

**Wer gibt Helmarbeit**  
 im Haus oder Nummerieren?  
 Röh. G. Hartmann, Solcon-  
 straße 5. 9734

**Welche Frau wäscht**  
 ihr Mann seine Wäsche?  
 von Hdr. G. Bayert, M. 2. 4 III.  
 Hamburger Firma, beste  
 Beschreibungen übernimmt noch

**Alle Invertretungen**  
 erfüllt. Firmen für Hamburg u.  
 Umgebung. Angebote unter  
 H. D. 7061 bei Rudolf Wolff,  
 Hamburg. 921n

**Tüchtige Weibwäscherin**  
 für Helmarbeit wird gesucht.  
 Angeb. unter L. E. 32 an  
 die Geschäftsstelle. 9740

**Ein schönes Gesicht**  
 erhält man beim Gebrauch  
 meiner **Rosennmilch**.  
 Macht die Haut rein und  
 zart in jugendlicher Frische;  
 beseitigt Leberflecken, Ge-  
 sichtsrötchen, Mitesser p. Pl.  
 Mk. 2.50. La 17n

**Kurfürsten-Drogerie**  
**Th. von Eichstedt,**  
 N 4, 13, 14.

**Herde u. Oefen**  
 wenn auch noch so schlecht  
 werden repariert. Karl Gff.  
 Ofenleger, O 7, 42. Tel. 1113.  
 (Rusthofer Kramer). 9494

**Bülow-Pianos**  
 neue erstklassige Instrumente  
 in Ruhraum, schwarz-poliert,  
 Gdte. liefert sehr preiswert  
**Fr. Siering, C 7 No. 6.**

**1 Hund (Spaniel)**  
 braun und weiß, entlaufen.  
 Abzugeben, geg. hohe Belohnung.  
 L. 12, part. rechts. 9827

**Damen**  
 finden liebe-  
 volle Auf-  
 nahme bei strengster Dis-  
 kretion. 134n  
 Frau Schmelzer, Hebamme  
 Weinheim, Mittelpost 11.

**Unterricht**  
 Frauen wünscht 9815  
**engl. Unterricht**  
 Lehrer, der Englisch kennt,  
 bevorzugt. Angeb. u. M. B. 2  
 an die Geschäftsstelle des Bl.  
 Sonstige, geb. Dame erteilt  
**gründl. Klavierunterricht**  
 auch Anfänger. 9808  
 Köp. Kammbar, P 4, 11.

**Opium**  
 ist eine  
**Meisterleistung**  
 977a

**Rosengarten - Mannheim - Nibelungensaal.**  
 Sonntag, den 16. März 1919, abends 7 1/2 Uhr:  
**Großes Konzert**  
 Mitwirkende:  
**Mannheimer Solo-Quartett**  
 Herren: Oberleitner (1. Tenor), Wink (2. Tenor),  
 Schmitz (1. Bass), Röhr (2. Bass)  
**Kapelle Petermann**  
 Leitung: Herr Kapellmeister Becke.

**Das Konzert findet bei Wirtschaftsbetrieb statt.**  
 Kasseneröffnung abends 7 Uhr.  
 Eintrittspreise: Vorbehaltene Plätze im Saal 1.20 Mk.,  
 die übrigen nichtnummerierten Plätze 50 Pfg.  
 Kartenverkauf beim Pförtner im Rosengarten und an  
 der Tageskasse von 11-1 Uhr und 3-6 Uhr.  
 Einlasskarte für Familien über 14 Jahre 10 Pfg.  
 Familien in allen Räumen des Rosengartens nicht ge-  
 statet.  
 Programme sind am Konzertabend im Rosengarten  
 zu haben.

**Versammlungssaal.**  
 Samstag, 15. März 1919, abends 7 1/2 Uhr  
**Mannheimer Vocalquartett**  
 Dorothea Mankl Jane Freund-Naun  
 Max Lipmann Wilhelm Fenton  
 Am Pflögel: Kapellmeister Seimay und  
 Kapellmeister Krause.

Programm: J. Brahms, Zigeunerlieder, Liebeslieder.  
 Gg. Henschel, Fdual Quartette. 994  
 Karten: Mk. 6.—, 4.50, 3.50, 2.50, 1.50 an der Konzert-  
 kasse Heckel, O 3, 10, Mannh. Musikhaus, P 7, 14.

**Rosengarten - Versammlungssaal**  
 Donnerstag, 13. März 1919, abends 8 Uhr

**MINX**  
 Der Mann mit der  
 schwarzen Maske.

**Experimental-  
 Abend!**

Mysterien aus dem Reich des 6. Sinnes  
 Gedankenübertragung — Wachsuggestion

Karten zu Mk. 4.—, 3.—, 2.—, 1.50  
 (Schüler- u. Stehpflanze) im Vorverkauf Mannheimer  
 Musikhaus, P 7, 14 u. soweit noch verfügbar 1 Stü-  
 ck vor Beginn an der Abendkasse im Rosengarten.

**Tapeten**  
 in allen Preislagen  
 von Derblin  
 Gesellschaft mit beschränkter Haftung  
 C 1, 2  
**Linoleum-Wachs**